



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2020

---

## **Rechnungslegung nach OR – Wesentliche Neuerungen durch die Aktienrechtsrevision**

Pfaff, Dieter

Abstract: Im Juni 2020 hat die Aktienrechtsrevision endlich die parlamentarische Hürde geschafft. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage im Nationalrat mit 143 zu 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen und im Ständerat mit 37 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Referendumsfrist dauert bis zum 8. Oktober 2020. Beiliegend informieren wir Sie über die wesentlichen Neuerungen, die einen besonderen Bezug zur Rechnungslegung haben.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-190881>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Pfaff, Dieter (2020). Rechnungslegung nach OR – Wesentliche Neuerungen durch die Aktienrechtsrevision. *Rechnungswesen und Controlling*, (3):23-25.

# Rechnungslegung nach OR – Wesentliche Neuerungen durch die Aktienrechtsrevision

*Im Juni 2020 hat die Aktienrechtsrevision endlich die parlamentarische Hürde geschafft. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage im Nationalrat mit 143 zu 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen und im Ständerat mit 37 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Referendumsfrist dauert bis zum 8. Oktober 2020. Beiliegend informieren wir Sie über die wesentlichen Neuerungen, die einen besonderen Bezug zur Rechnungslegung haben.*

## Aktienkapital in Fremdwährung

Schweizer Unternehmen mit Auslandbezug führen ihre Bücher oft in der Währung jenes Wirtschaftsraums, in dem sie primär tätig sind. Bereits heute gewährt Art. 958d Abs. 3 OR das Wahlrecht, die Jahresrechnung in einer Fremdwährung zu erstellen, wenn es sich dabei um die «für die Geschäftstätigkeit wesentliche Währung» handelt, die Werte zusätzlich in Landeswährung angegeben werden sowie die dafür angewandten Umrechnungskurse im Anhang angegeben und bei Bedarf erläutert werden. Neu darf nun das Aktienkapital ebenfalls in einer für die Geschäftstätigkeit wesentlichen Währung lauten (Art. 621 Abs. 2 nOR). Dafür hatte sich veb.ch bereits früh an verschiedenen Stellen, u. a. in der Vernehmlassung und in seinem politischen Beirat eingesetzt, weil damit zwei fundamentale Probleme elegant gelöst werden:

### 1. Kapitalschutz

Bei Kapitalgesellschaften besteht von Gesetzes wegen ein Mindestkapital, das hauptsächlich als Haftungssubstrat dienen soll und in der Bilanz immer als solches erscheint. Bislang lautet das Grundkapital (und folglich der Mindesteinzahlungsbetrag) auf CHF. Gesetzliche Restriktionen betreffend Gründung, Kapitalerhöhung, Kapitalherabsetzung, Erwerb und Veräusserung eigener Anteile, Ausschüttungen sowie Bildung und Auflösung jeglicher offener Reserven sollen sicherstellen, dass in Höhe des Grundkapitals stets buchmässige Substanz vorhanden ist (nominelle Kapitalerhaltung). Auch die OR-Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften haben letztlich diesen Zweck, weiterhin die vorgeschriebenen Massnahmen bei Kapitalverlust und bei Besorgnis einer Überschuldung.

Das Aktienkapital in ausländischer Währung ermöglicht es nun den Unternehmen, sämtliche kapitalbezogenen Aspekte – z.B. die Bildung der Reserven, die Ausschüt-

tung von Dividenden und die Beurteilung der drohenden Überschuldung – in der gewählten ausländischen Währung festzulegen. Dies führt zur Kohärenz zwischen dem Aktienrecht und dem Rechnungslegungsrecht (Art. 957a Abs. 4 und Art. 958d Abs. 3 OR), die bisher nur unzureichend gelungen war (zu Einzelheiten siehe Glanz/Pfaff, veb.ch Praxiskommentar, Art. 958d).

Die Denomination des Grundkapitals in ausländischer Währung hat zur Konsequenz, dass es den Kapitalschutz in CHF nicht mehr zu bemessen gilt: Die zuständigen Organe können ihre Beschlüsse – soweit Positionen des Eigenkapitals davon betroffen werden – allesamt in ausländischer Währung ausdrücken. Das Gleiche gilt für die Massnahmen bei Kapitalverlust und Überschuldung. Zu diesen Zwecken müssen die Fremdwährungsausweise der Jahresrechnung nicht mehr in CHF umgerechnet werden. Nachdem die Verantwortlichen in der «für die Geschäftstätigkeit wesentlichen» Währung denken, ist es konsequent, dass sie einschlägige Beschlüsse in Fremdwährung ausdrücken können. Die zusätzlichen CHF-Ausweise gemäss Art. 958d Abs. 3 OR lassen sich dann mit geringem Aufwand nach der Stichtagskursmethode generieren, sind aber strenggenommen jetzt ohne Informationswert.

### 2. Bemessung der direkten Steuern

Wegen des Massgeblichkeitsprinzips werden die Steuern vom Gewinn und Kapital der Unternehmen mit ausländischer funktionaler Währung i. d. R. in CHF veranlagt. Im Steuerrecht besteht daher grosses Interesse daran, wie im Handelsrecht in CHF umgerechnet wird. Seit dem 1. Oktober 2009 lag ein einschlägiger Bundesgerichtsentscheid vor (BGE 136 II 88): Der Entscheid konkretisiert, dass Differenzen, die durch die nachträgliche Umrechnung des Fremdwährungsrohabschlusses resultieren, nicht steuerwirksam sind, wobei er erstmals die IFRS als Erkenntnisquelle heranzieht und eine Umrechnung entsprechend der Stichtagskursmethode von IAS 21 vorschreibt. Der Entscheid ist verwirrend, weil die Währungsumrechnung den OR-Bewertungsregeln unterworfen ist. Zudem lässt das OR keine Direkterfassung von Umrechnungsdifferenzen im Eigenkapital zu (zu Einzelheiten siehe Glanz/Pfaff, veb.ch Praxiskommentar, Art. 958d).

Die damit verbundene Rechtsunsicherheit verliert nun ihre Grundlage, weil der Gesetzgeber gleichzeitig mit Abschaffung der CHF-Denomination des Grundkapitals das DBG und StHG dahingehend ergänzt, dass bei Erstellung

der Jahresrechnung in «für die Geschäftstätigkeit wesentlicher» Fremdwährung auch die direkten Steuern in dieser Währung veranlagt werden: Insoweit wird die steuerliche Massgeblichkeit der Handelsbilanz wieder hergestellt und zudem entfällt die Währungsumrechnung zwecks Steueranlagung. Die Aktienrechtsrevision sieht diesbezüglich in einer Anpassung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) sowie des Steuerharmonisierungsgesetzes (StHG) vor, dass bei Rechnungslegung einer juristischen Person in Fremdwährung der steuerbare Gewinn anhand des durchschnittlichen Devisenkurses der Steuerperiode (Verkaufskurs) und das steuerbare Eigenkapital anhand des durchschnittlichen Devisenkurses am Ende der Steuerperiode (Verkaufskurs) in CHF umgerechnet und besteuert werden (Art. 80 Abs. 1<sup>bis</sup> nDBG, Art. 31 Abs. 3<sup>bis</sup> und 5 nStHG).

### Neuregelung der Reserven und Anpassung an die Bezeichnungen im Rechnungslegungsrecht

Die Reserven werden neu – analog zum Rechnungslegungsrecht (Art. 959a Abs. 2) – in gesetzliche Kapitalreserve, gesetzliche Gewinnreserve und freiwillige Gewinnreserven unterteilt (Art. 671 ff. nOR).

Dabei umfasst die gesetzliche Kapitalreserve wie bisher die Mittel, die von den Eigenkapitalgebern der Gesellschaft zugeführt wurden, im Einzelnen Aufgelder (Agio) und Kaduzierungsgewinne sowie weitere Einlagen und Zuschüsse (Art. 671 Abs. 1 nOR). Die gesetzliche Kapitalreserve darf an die Aktionäre zurückbezahlt werden, wenn die gesetzlichen Kapital- und Gewinnreserven, abzüglich des Betrags allfälliger Verluste, die Hälfte (bzw. bei Holdinggesellschaften 20%) des im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals übersteigen (Art. 671 Abs. 2 nOR).

Die Gewinnreserven umfassen hingegen sämtliche Reserven, die aus einbehaltenen Gewinnen der Gesellschaft gebildet wurden. Der gesetzlichen Gewinnreserve sind 5% des Jahresgewinns zuzuweisen (Art. 672 Abs. 1 nOR). Ein allenfalls vorliegender Verlustvortrag ist vorher zu beseitigen. Die gesetzliche Gewinnreserve ist zu äufnen, bis sie zusammen mit der gesetzlichen Kapitalreserve die Hälfte (bzw. bei Holdinggesellschaften 20%) des im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals erreicht (Art. 672 Abs. 2 nOR). Freiwillige Gewinnreserven dürfen nur gebildet werden, wenn das dauernde Gedeihen des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen aller Aktionäre dies rechtfertigt (Art. 673 Abs. 2 nOR).

Verluste müssen in folgender Reihenfolge verrechnet werden: Erstens mit dem Gewinnvortrag, zweitens mit den freiwilligen Gewinnreserven, drittens mit der gesetzlichen Gewinnreserve und zuletzt mit der gesetzlichen Kapitalreserve (Art. 674 Abs. 1 nOR). Anstelle einer Verrechnung

mit den gesetzlichen Reserven ist auch ein Vortrag auf neue Rechnung gestattet (Art. 674 Abs. 2 nOR).

Dividenden dürfen erst festgesetzt werden, nachdem die Zuweisungen an die gesetzliche Gewinnreserve und an die freiwilligen Gewinnreserven erfolgt sind (Art. 675 Abs. 3 nOR).

### Zwischendividende und Zwischenabschluss

In der Praxis zeigt sich immer wieder ein starkes Interesse an der Ausrichtung einer Zwischendividende, z. B. zur Liquiditätsumverteilung in einem Konzern oder bei Gesellschaften, deren Eigenkapitalgeber Quartalsdividenden gewöhnt sind. Ob Zwischendividenden nach geltendem OR zulässig sind, ist umstritten. Neu erlaubt die Aktienrechtsrevision Zwischendividenden, sofern die Voraussetzungen zur Ausschüttung einer Dividende erfüllt sind und ein geprüfter Zwischenabschluss (nicht notwendig bei Gesellschaften mit Opting-out) vorliegt (Art. 675a nOR). Allerdings kann auf eine Prüfung verzichtet werden, wenn alle Aktionäre der Ausschüttung zustimmen und die Forderungen der Gläubiger dadurch nicht gefährdet werden (Art. 675a Abs. 2 nOR). Es gibt zudem weitere Anlässe, die den Verwaltungsrat zur Erstellung eines Zwischenabschlusses verpflichten, so z. B. bei der Kapitalherabsetzung, wenn der Bilanzstichtag im Zeitpunkt der Beschlussfassung mehr als sechs Monate zurückliegt (Art. 653I nOR), oder beim Abschluss des Fusionsvertrags, wenn der Bilanzstichtag mehr als sechs Monate zurückliegt oder wichtige Änderungen in der Vermögenslage der an der Fusion beteiligten Gesellschaften eingetreten sind (Art. 11 FusG).

Ein Zwischenabschluss ist nach den Vorschriften zur Jahresrechnung zu erstellen und enthält eine Bilanz, eine Erfolgsrechnung und einen Anhang. Die Vorschriften für grössere Unternehmen und Konzerne bleiben vorbehalten (Art. 960f nOR). Vereinfachungen oder Verkürzungen sind zulässig, sofern keine Beeinträchtigung der Darstellung des Geschäftsgangs entsteht. Es sind mindestens die Überschriften und Zwischensummen auszuweisen, die in der letzten Jahresrechnung enthalten sind (Art. 960f Abs. 2 nOR). Zudem enthält der Anhang des Zwischenabschlusses Angaben über den Zweck des Zwischenabschlusses, die Vereinfachungen und Verkürzungen sowie Faktoren, welche die wirtschaftliche Lage des Unternehmens während der Berichtsperiode wesentlich beeinflusst haben, insbesondere Ausführungen zur Saisonalität (Art. 960f Abs. 2 nOR).

Der Zwischenabschluss ist als solcher zu bezeichnen. Er ist vom Vorsitzenden des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans und der innerhalb des Unternehmens für den Zwischenabschluss zuständigen Person zu unterzeichnen (Art. 960f Abs. 3 nOR).

## Kleinere Anpassungen, welche die kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung betreffen

Kleinere Anpassungen beziehen sich auf die Mindestgliederung des Eigenkapitals (Art. 959a Abs. 2 Ziff. 3 Bst. d–g nOR), Angaben im Anhang (Art. 959c Abs. 2 Ziff. 4, 14 und 15 nOR), Erleichterungen für grössere Unternehmen (Art. 961d Abs. 1 nOR) sowie die Befreiung von der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung (Art. 963a Abs. 2 Ziff. 2 und Abs. 3 nOR).

### Mindestgliederung des Eigenkapitals (Art. 959a Abs. 2 Ziff. 3 Bst. d–g nOR)

Bei Buchstabe d wird die Bezeichnung «kumulierte Verluste als Minusposten» gestrichen und stattdessen der Begriff des Verlustvortrags als Minusposten eingeführt. Weiterhin werden nun auch die Bezeichnungen «Gewinnvortrag oder Verlustvortrag» und «Jahresgewinn oder Jahresverlust» explizit in die Gliederung eingefügt, was zur Klärung und Transparenz beiträgt:

3. Eigenkapital
  - a. –c. unverändert
  - d. freiwillige Gewinnreserven,
  - e. eigene Kapitalanteile als Minusposten (unverändert),
  - f. Gewinnvortrag oder Verlustvortrag als Minusposten,
  - g. Jahresgewinn oder Jahresverlust als Minusposten

### Angaben im Anhang (Art. 959c Abs. 2 Ziff. 4, 14 und 15 nOR)

- Es müssen neu nur noch die Anzahl eigener Anteile, die das Unternehmen selbst oder die von ihm nach Art. 963 OR kontrollierten Unternehmen halten, angegeben werden (Art. 959c Abs. 2 Ziff. 4 nOR); nach geltendem Recht war von Beteiligungen statt von kontrollierten Unternehmen die Rede und damit der Kreis weitergefasst).
- Bei Art. 959c Abs. 2 Ziff. 14 nOR werden die Gründe bei Abberufung der Revisionsstelle hinzugefügt (zusätzlich zur Begründung bei vorzeitigem Rücktritt).
- Neu eingefügt ist Art. 959c Abs. 2 Ziff. 15 nOR, die Angaben zu allen Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen verpflichtend macht, die der Verwaltungsrat (VR) innerhalb eines Kapitalbands vorgenommen hat. Die Statuten können den VR gemäss Art. 653s nOR ermächtigen, das Aktienkapital innerhalb einer Bandbreite (Kapitalband) im Umfang von jeweils 50% des im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals während maximal fünf Jahren zu erhöhen oder herabzusetzen.

### Erleichterungen für grössere Unternehmen (Art. 961d Abs. 1 nOR)

Grössere Unternehmen im Sinne von Art. 961 OR können neu auch dann auf die zusätzlichen Angaben im

Anhang zur Jahresrechnung, die Geldflussrechnung und den Lagebericht verzichten, wenn das Unternehmen nur einen (Einzel-)Abschluss (und nicht unbedingt eine Konzernrechnung) nach einem anerkannten Standard zur Rechnungslegung erstellt. Dies ist u. a. für Unternehmen in der Stromwirtschaft von Bedeutung, die oftmals einen Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER erstellen (Botschaft 2016, S. 619).

### Befreiung von der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung (Art. 963a Abs. 2 Ziff. 2 und Abs. 3 nOR)

- Art. 963a OR regelt die Befreiung von der Pflicht zur Erstellung einer Konzernrechnung. In Abs. 2 Ziff. 2 nOR wird die Höhe des Schwellenwerts für die Ausübung des Minderheitenrechts beim Verein an die Höhe der Schwellenwerte in den Artikeln 961d Abs. 2 Ziff. 2 und 962 Abs. 2 Ziff. 2 OR angepasst. Die Konzernrechnung eines Vereins ist also trotz Vorliegen eines der Befreiungstatbestände gemäss Art. 963a Abs. 1 OR dennoch zu erstellen, wenn neu 20% (statt 10%) der Vereinsmitglieder dies verlangen.
- Der Abs. 3 nOR wird infolge der Möglichkeit eingeführt, ein Grundkapital in ausländischer Währung vorzusehen. Erfolgt die Rechnungslegung nicht in CHF, so ist zur Festlegung der Werte gemäss Art. 963a Abs. 1 Ziff. 1 OR für die Bilanzsumme der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag und für den Umsatzerlös der Jahresdurchschnittskurs massgebend.

## Inkrafttreten der Revision

Was das Inkrafttreten der Aktienrechtsrevision angeht, sind verlässliche Prognosen derzeit nicht möglich. Fest steht lediglich, dass die «Nachfolgearbeiten» (Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen wie insbesondere der Handelsregisterverordnung, inkl. Durchführung einer entsprechenden Vernehmlassung) noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Über das Inkrafttreten wird sodann der Bundesrat entscheiden. Mit einem Inkrafttreten der Gesamtvorlage vor 2022 ist daher wohl kaum zu rechnen.

*Prof. Dr. Dieter Pfaff,  
Universität Zürich und Vizepräsident veb.ch*

### Literaturhinweis

Glanz, Stephan/Pfaff, Dieter, Kommentar zu Art. 958d OR, in: Pfaff Dieter/Glanz Stephan/Stenz Thomas/Zihler Florian (Hrsg.), Rechnungslegung nach Obligationenrecht – veb.ch Praxiskommentar mit Berücksichtigung steuerrechtlicher Vorschriften, 2. Aufl., Zürich 2019, S. 211-247.

Die von der Bundesversammlung beschlossenen Gesetzesänderungen finden Sie unter folgendem Link:  
<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2020/5573.pdf>